

Vorabfassung - wird durch lektorierte Fassung ersetzt.

möglich und volkswirtschaftlich sinnvoll. Aus der Geschichte können wir lernen, dass die Antwort des New Deals – unter dem Druck starker außerparlamentarischer Bewegungen – in den USA die humane und soziale Antwort auf die tiefe Krise von 1929 gewesen ist – mit dem Ausbau des Sozialstaats, Arbeiter*innen-Rechten und der Besteuerung von Vermögenden.

Das Studierendenparlament wolle beschließen:

1. Stellungnahme des Studierendenparlaments

Leuchttürme auf zerlöcherterem Grund gebaut Solidarische Perspektiven bilden: Wissenschaft und Bildung bedarfsgemäß finanzieren

Schöne neue Wissenschaft? Seit Jahren sind die politisch Verantwortlichen in Land und Stadt bemüht, den Eindruck zu erwecken, der positiven Entwicklung der Wissenschaft besondere Aufmerksamkeit und Leidenschaft zu schenken, „Exzellenzinitiative“ bzw. sogar – hört, hört! – „strategie“, „Hochschulpakt“ und nun noch besser „Zukunftsvertrag Studium & Lehre“, „Hamburger Lehrpreis“, „Innovationsfond“ und noch mehr schöne Vokabeln sollen ein rosiges Bild malen. Doch die Realität sieht deutlich dreckiger aus: Ständige Kürzungen im Grundetat aller staatlichen Hochschulen erschweren wachsend die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung von Lehre, Studium, Forschung, Verwaltung und Selbstverwaltung.

Seit Jahren wird stetig Raubbau an der Grundsubstanz der Hochschulen betrieben. Und während die politisch Verantwortlichen „Leuchttürme“ für das eigene Prestige errichten, werden die Ressourcen dafür aus dem Fundament der Wissenschaften entnommen.

Alle staatlichen Hochschulen der BRD, ob „Exzellente“, „Drittmitelstarke“ oder „gewöhnlich“, sind mit einer erheblichen Unterfinanzierung konfrontiert

Aktuell: Seit 2014 ist der Grundetat der Hamburger Hochschulen real stetig geschrumpft (aktuell 316 Mio. €), durch die mit der Schuldenbremse fixierte Steigerungsrate von 0,88 % bei tatsächlicher Tarif- und Preissteigerungsrate von gut 2,5 Prozent. Die so gerissene Lücke konnten die Hochschulen bislang nur aus Rücklagen und kreativer Verwendung der oben genannten Sondermittel stopfen. Doch war das nur begrenzt möglich – daher hatten alle Hochschulen auf Aussagen des Senats gesetzt, dass dieses Defizit mit den kommenden Haushalten ausgeglichen werden soll.

Dieses Vertrauen wird nun bestraft. Das aufgelaufene Defizit soll bleiben und diverse neue Aufgaben will und soll die Uni wahrnehmen, ohne dass es dafür auch annähernd ausreichend Mittel gibt: Die Lehrer*innenbildungsreform mit Stärkung der Inklusion und verbesserter Betreuungsverhältnisse, die demokratische Digitalisierung, sowie die Zusagen zur Exzellenzstrategie. Die Behörde hat zwar 30 Mio. € zusätzlich für die kommenden Jahre zugesagt. Diese Mittel reichen jedoch weder zur Verwirklichung dieser neuen Aufgaben, geschweige kann damit das Defizit bei der Realisierung der Grundaufgaben in Forschung, Lehre, Studium ausgeglichen werden. Nach aktuellen Vorstellungen der Wissenschaftsbehörde wird so bis zum Jahr 2027 ein neues strukturelles Defizit von jährlich über 47 Mio. € aufgebaut – das sind über 10% des Gesamtetats.

Das ist nicht zu akzeptieren. Gerade in der tiefgreifenden Krise wächst der gesellschaftliche Bedarf an allgemeinwohlorientierten, demokratischen und gut ausgebildeten Hochschulen. Für die Entwicklung und Durchsetzung von solidarischen Lösungen sind die Hochschulen jetzt erst recht gefragt. Die Universität Hamburg will, wie in ihrem Leitbild gefasst, diese Aufgaben wahrnehmen und „zur Entwicklung einer humanen, demokratischen und gerechten Gesellschaft beitragen“.

Großkonzerne und auf den Konten der Aktionäre verschwinden, sind zur solidarischen Bearbeitung der Krise nötig. Massive staatliche Investitionen zum Ausbau der öffentlichen Bereiche, in Infrastruktur, zur Sicherung der (Mindest-)Einkommen der Bevölkerung sowie für umfassende Beschäftigungsprogramme und einer Bildungssoffensive auch durch Ausbau der Studienplätze sind

Das Studierendenparlament fordert kurzfristig:

1. Sofortige Zusage der nötigen Mittel für die bereits umgesetzte Reform der Lehrerbildung
2. Ausgleich des bisherigen Defizits einschließlich der zukünftigen Tarif- und preisentwicklung
3. Zusätzliche Mittel in vollem Umfang für alle neuen Aufgaben.

Geld ist genug da. Es muss nur für das Allgemeinwohl zur Geltung gebracht werden. Dafür muss die Schuldenbremse dauerhaft abgeschafft werden, müssen die großen Vermögen und Spekulationen besteuert werden und die demokratische Beteiligung gestärkt werden.

Zudem müssen die Dritt- und #projektmittel zurückgefahren werden auf echte Zusatzmittel. Der Grundbetrieb aller staatlichen Hochschulen muss ohne diese möglich sein.

II. Das Studierendenparlament nimmt sich vor und fordert den ASTA auf, im Sinne der Stellungnahme die Studierendenschaft über die aktuelle Auseinandersetzung um die Hochschulfinanzierung aufzuklären. Dazu wird u.a. die Stellungnahme verbreitet.

III. Es wird eine uniweite, studentische Vollversammlung eingeladen, zur Diskussion und Planung von Protestaktivitäten.

Die Vollversammlung möge am ~~Mittwoch~~, den 18. Januar um 18 Uhr stattfinden.

Auf der Tagesordnung sollen stehen: 1. Einführung zur aktuellen Finanzsituation, 2. Diskussion zum Thema, 3. Beschlussfassung, 4. Verschiedenes.

=> Rücknahme AN auf
2020/49

neue 2021/56

eingbracht am
10.12.2020

(noch digital einreich)

Campesgim/Lsde LWS/SOS*/Tobias Berbing